

# Das beste Bildungssystem der Welt

FDP-Präsident Müller bekräftigt Wahlziel der Freisinnigen, 2015 zweitstärkste Partei zu werden

NZZ, 30.6.2014

Die FDP will kein «Bildungs-Eintopfgericht» kochen. Rezepte für das beste Bildungssystem der Welt hat die Partei in einem neuen Bildungspapier festgehalten. Bei kniffligen Fragen fehlen jedoch die Details.

Michael Schoenenberger,  
Granges-Paccot

Die FDP gibt sich unbescheiden: Sie will nichts weniger als das «beste Bildungssystem der Welt». Es soll allen hier lebenden Menschen gerechte Ausgangschancen und dem Land den grösstmöglichen Erfolg bringen. Mit Blick auf den Fachkräftemangel zeigte sich Bildungsminister Johann Schneider-Ammann überzeugt, dass mit der dualen Berufsbildung die Herausforderungen zu meistern sind. Er wolle kein «Bildungs-Eintopfgericht» und erteilte damit einer zentralen staatlichen Steuerung eine Absage. Bezug nehmend auf die Fachkräfteinitiative sagte Schneider-Ammann: «Redet nicht nur, helft mit, das Potenzial auszuschöpfen.» Der Appell richtete sich insbesondere auch an die Wirtschaft, sowohl Frauen wie auch ältere Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

## Keine Gleichmacherei

Das Bildungspapier atmet einen wettbewerblichen und eigenverantwortlichen Geist, ohne bei den kniffligen Fragen ins Detail zu gehen. Die Harmonisierung im Schulwesen dürfe nicht zu Gleichmacherei führen, heisst es, und der Lehrplan 21 solle keine bürokratische Mehrbelastung der Lehrkräfte nach sich ziehen. Zentral seien motivierte Lehrpersonen, und deshalb kritisiert die FDP, dass Eltern die Erziehung zunehmend an die Schule delegierten.

Um die Attraktivität der Berufsbildung zu erhalten, will die FDP vermehrt branchenspezifische Lösungen ermöglichen. Arbeitgeber hätten die Berufsmatura zu fördern, zudem seien die Karriereöglichkeiten besser aufzuzeigen, auch durch Stärkung der höheren Berufsbildung. Die Partei votiert gegen eine «Verakademisierung» der Berufsbildung. «Eher ist die gymnasiale Matura wieder höher anzusiedeln», sagte Nationalrat Christian Wasserfallen.



Die Freisinnigen sind entschlossen: Sie wollen bei den nächsten Wahlen zweitstärkste Partei werden.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

Viel war an dieser Delegiertenversammlung sodann vom Gemeinsinn die Rede. Offenbar hat dieser dritte in der «Zukunftsstrategie» vom März definierte Grundwert – Freiheit und Fortschritt sind die anderen – parteiintern zu reden gegeben. Exponenten stellten klar, dass hiermit keine sozialistischen Rezepte gemeint seien. Schneider-Ammann sagte, Gemeinsinn sei die Grundlage für

Freiheit und Fortschritt. Namentlich bei der weiblichen Wählerschaft sieht die Partei Chancen, wenn sie Gemeinsinn und -wohl stärker herausstreicht.

## Müllers hohe Ziele

Parteipräsident Philipp Müller bekräftigte seinen Anspruch, bei den eidgenössischen Wahlen 2015 auf den zwei-

ten Platz zu kommen und also die SP zu überholen. Auf die FDP wartet damit ein grosses Stück Arbeit. Die SP erreichte in den Nationalratswahlen 2011 einen Wähleranteil von 18,7 Prozent (+0,8), während die FDP auf 15,1 Prozent kam (-0,7). Berücksichtigt man allerdings noch die Fusion von FDP und Liberalen, dann hat das freisinnig-liberale Lager 2011 gar 2,5 Prozentpunkte verloren. Bleiben die Sozialdemokraten etwa gleich stark, hätten die Freisinnig-Liberalen fast 4 Prozent zuzulegen. Boden gutmachen muss die FDP vor allem in der Deutschschweiz. Denn hier lag sie 2011 noch bei einem Wähleranteil von 13,1 Prozent.

Die FDP verspricht sich Erfolg mit einem Spagat: Einerseits will sie etwa mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder ökologischen Themen in urbanen Gebieten punkten, andererseits sich als «Volkspartei» verkaufen. Erneut bildete deshalb die Migrationspolitik einen Schwerpunkt in Müllers Rede.

## Nein zur Gastrosuisse-Initiative

msc. Die FDP-Delegierten haben am Samstag die Parolen für die Abstimmung vom 28. September gefasst. Mit 232 zu 2 Stimmen erteilten sie der Volksinitiative für eine Einheitskasse eine klare Abfuhr. Umstrittener war die Volksinitiative von Gastrosuisse zur einheitlichen Anwendung der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe. Sie wurde von einzelnen FDP-Kantonalsektionen mit Verve unterstützt. Parteipräsident Phil-

ipp Müller sah sich aus diesem Grund veranlasst, aktiv in die offene Debatte einzugreifen. Er betonte, bei aller Sympathie für die Initiative blockiere diese bei den gegebenen politischen Mehrheiten im Parlament den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer, für den die FDP kämpfe. Zuletzt folgten die Delegierten mehrheitlich dem Präsidenten und lehnten die Gastrosuisse-Initiative mit 143 zu 72 bei 13 Enthaltungen ab.